

Abschied vom „IN CHRISTO“

In der Ausgabe des „IN CHRISTO“ vom 3. Dezember ist unsere Leserschaft darüber informiert worden, dass das „Kirchenblatt für die Pfarreien im Fürstentum Liechtenstein“ in der vertrauten und bewährten Art und Weise heute zum letzten Mal erscheint. [...] Die bisherige Herausgeberschaft, zunächst Kanonikus Johannes Tschuror, später die einzelnen Redaktoren, zuletzt die promovierte Theologin Ilona Poppke, hat sich in all den Jahren redlich bemüht, das „IN CHRISTO“ nach den Grundsätzen und Weisungen zu redigieren, wie sie Papst Paul VI. in „Communio et progressio“ formuliert hat. Dies geschah in enger Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis für Öffentlichkeitsarbeit, getragen vom jeweiligen Dekan und vom Administrationsrat. Mit dieser Ausgabe endet nun die Verantwortung der bisherigen Herausgeberschaft, und damit auch die der Redaktion. [...] Der neue „Verein IN CHRISTO“ hat, das muss mit aller Deutlichkeit unterstrichen werden, mit der bisherigen Herausgeberschaft gar nichts gemeinsam. Den Herausgebern und vielen Lesern bleibt tiefe Betroffenheit, nicht nur über den Wechsel als solchen, sondern auch über die Art und Weise, wie er nun vollzogen wird. Dabei darf nicht vergessen werden, dass sich für das bisherige „IN CHRISTO“ während all den Jahren immer wieder engagierte, auf kirchlichem Boden stehende Laien zu Wort gemeldet und so ihre Mitverantwortung für das Wohl der Kirche dokumentiert haben. Sie fühlen sich besonders vor den Kopf gestossen. [...]

Liechtensteiner Volksblatt, 17. Dezember 1999, Seite 15.

Zuzug von EWR-Bürgern bleibt beschränkt

Der gemischte EWR-Ausschuss hat gestern in Brüssel entschieden: Liechtenstein kann den Zuzug von EWR-Bürgern weiter und mindestens bis zum 31. Dezember 2006 beschränken. Regierungschef Mario Frick sprach gestern vor dem Landtag von einer „sehr fairen und tragfähigen Lösung“. „Diese Lösung entspricht den berechtigten Interessen beider Seiten“, erklärte der Regierungschef bei seiner Präsentation der inhaltlichen Schwerpunkte des gestern in Brüssel abgesetzten Rechtsaktes, der den Abschluss der Verhandlungen Liechtensteins mit der EU zum freien Personenverkehr im EWR dokumentiert. [...]

Liechtensteiner Vaterland, 18. Dezember 1999, Seite 1.

Liechtenstein-Takt

[...] In der Kommission zur Förderung des öffentlichen Verkehrs wurde in der Folge diese Idee aufgegriffen und im November 1998 die Arbeitsgruppe „Liechtenstein-Takt“ gebildet. Die Aufgabe der Arbeitsgruppe war die Überprüfung der Möglichkeiten der Intensivierung des grenzüberschreitenden öffentlichen Verkehrs unter Einbezug der ÖBB-Regionallinie Feldkirch-Buchs für den Arbeitspendlerverkehr. Im November 1999 konnte die Regierung einen diesbezüglichen Bericht und Antrag zur Gewährung eines Landesbeitrages an den Betrieb des „Liechtenstein-Taktes“ zuhanden des Landtages verabschieden. Der Landtag genehmigte in seiner Sitzung vom 15./16./17. Dezember einen Landesbeitrag für den „Liechtenstein-Takt“ für das Jahr 2000 in der Höhe von CHF 325 000. Dies beinhaltet die anteilmässige Kostenübernahme für das zusätzliche Busangebot (Verdichtung der Linie 1 und die Neuschaffung der Linie Nendeln-Haag, um den Benutzerinnen und Benutzern des Liechtenstein-Taktes das direkte Umsteigen Bahn – Bus zu ermöglichen) und für begleitende Massnahmen. [...]

Rechenschaftsbericht 1999, Ressort Verkehr, Regierungsrat Dr. Norbert Marxer, Seite 233.

Jahr-2000-Fähigkeit der Landesverwaltung

Die Regierung hat im Hinblick auf die Koordination der Überprüfung der Jahr-2000-Tauglichkeit der Informatik und weiterer technischer Anlagen und Einrichtungen in der Landesverwaltung anfangs 1999 ein Projektteam eingesetzt. Dieses Projektteam hat der Regierung Ende November 1999 den Abschlussbericht unterbreitet. Die Landesverwaltung wurde hinsichtlich der Jahr-2000-Tauglichkeit systematisch überprüft und durchleuchtet. In besonders sensiblen Bereichen wurden eingehende Tests durchgeführt, die erfolgreich abgeschlossen werden konnten. Der Jahrtausendwechsel konnte somit ohne Probleme überstanden werden. [...]

Rechenschaftsbericht 1999, Ressort Präsidium, Regierungschef Dr. Mario Frick, Seite 27.